

Drogen- und Suchtprävention | 25.02.2026 | Nr. 55/26

Dagmar Hildebrand: TOP 17: Viele Prozesse sind längst angelaufen

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Präsidentin, wert Kolleginnen und Kollegen,

„Sucht- und Drogenprävention strategisch und datenbasiert weiterentwickeln“ - So lautet der hier vorliegende Antrag der Kollegen des SSW. Für uns ein Antrag, den wir in vielerlei Hinsicht unterstützen könnten und dennoch haben wir von CDU und Grünen einen Alternativantrag gestellt.

In ihrem Antrag fordern sie: „Die Sicherstellung einer validen Datengewinnung zu Konsum- und Verbreitungsmustern legaler und illegaler Drogen“ und die „Gewährleistung einer möglichst detaillierten Auswertung und Aufbereitung (...) sowie ein engmaschiges Monitoring (...)“.

Außerdem wollen Sie konkrete Handlungsempfehlungen wie Präventionsangebote, Ausweitung des Drug-Checkings etc. Auch für uns sind einige dieser Forderungen richtig und wichtig. Doch tatsächlich sind wir hier in Schleswig-Holstein in der Planung im Bereich der Drogen- und Suchtprävention bereits einen oder sogar mehrere Schritte weiter.

Schauen wir uns dazu einmal die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern an: Stichwort „Landesknotenpunkte“ bzw. auch „Bundesknotenpunkt“.

Hier die beiden wichtigsten Punkte vorweg: Wir haben bereits Geld in die Hand genommen, die notwendigen Prozesse sind längst angelaufen. So haben wir als CDU und Grüne in unserem letzten Haushalt dem Ministerium für Justiz und Gesundheit zur Umsetzung eines Landesknotenpunktes 100.000 Euro zu Verfügung gestellt. Wir haben also Geld in die Hand genommen, die notwendigen Prozesse sind längst angelaufen.

Wie soll das System Bundesknotenpunkt in Verbindung mit den Landesknotenpunkten umgesetzt werden?

Wir haben auf der einen Seite das sogenannte „IFT“, also das Institut für Therapieforschung in München, das vom Bundesgesundheitsministerium beauftragt wurde. Auf der anderen Seite stehen die 16 Länder. Die Gespräche zwischen beiden Seiten zum bundesweiten Monitoring- und Frühwarnsystem sind inzwischen

fortgeschritten. Dieses System kürzt sich „NEWS“ ab, was „National Early Warning System“ heißt.

Der Ablauf wird so sein, dass wir voraussichtlich bis zum Sommer einen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz haben werden, wonach das Monitoring- und Frühwarnsystem unterstützt wird. Sie können diese Forderung in unserem Antrag nachlesen, wo wir die Landesregierung bitten, den Aufbau eines Landesknotenpunktes für Schleswig-Holstein im NEWS-System zu unterstützen.

Bereits heute ist es im Grunde schon so, dass bei der Deutschen Drogenbeobachtungsstelle im IFT in München der sogenannte „Bundesknotenpunkt“ angesiedelt ist. In Deutschland entstehen derzeit in mehreren Bundesländern Landesknotenpunkte, um Informationen im Bereich Drogen und Sucht schneller zu erfassen, zu bewerten und weiterzugeben. Viele dieser Punkte, die sie in ihrem Antrag formuliert haben.

Damit wir unseren Landesknotenpunkt in Schleswig-Holstein auch umsetzen können, bitten wir die Landesregierung, die Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein e.V. zu unterstützen.

Nochmal in aller Deutlichkeit: Wir brauchen den Landesknotenpunkt als zentrale fachliche und koordinierende Stelle auf Landesebene für eine regional differenzierte Datenerhebung zum substanzspezifischen Drogenkonsum. Und darauf aufbauend ein wirksames Frühwarnsystem gerade auch im Hinblick auf lebensgefährliche psychoaktive Substanzen. Hierfür haben wir 100.000 Euro im Haushalt vorgesehen und befinden uns derzeit in der Umsetzung.

Herzlichen Dank.